

Christoph Blocher will gegen «Scheininvaliden» vorgehen

Die Diskussion über ein höheres Rentenalter und die maroden Pensionskassen hält Blocher für sekundär. Das grösste Problem sei die Invalidität.

Von **Iwan Städler** und **Christoph Schilling**

Christoph Blocher hat für Bundespräsident Pascal Couchepin AHV-Pläne nur Hohn und Spott übrig: «Wer heute glaubt, die Probleme von 2025 lösen zu können, ist entweder ein Scharlatan oder ein Wolkenzieher». Zu einem solchen «Pfuscher» nehme er gar nicht erst Stellung, erklärt Blocher in einem Interview mit dem «Tages-Anzeiger».

Jetzt gehe es darum, die Probleme von heute zu lösen. Den grössten Handlungs-

bedarf sieht der Präsident der Zürcher SVP bei der Invalidenversicherung (IV). Hier gebe es gigantische Missbräuche. Ein Grossteil der psychisch Kranken seien nämlich bloss «Scheininvaliden». Manche wollten gar nicht mehr gesund werden, weil sie die IV-Rente einem Lohn vorzögen. Gleichzeitig gebe es Arbeitgeber, die ihren Personalabbau über die Invalidenversicherung lösten – zum Beispiel die SBB. Das zeige: «Dieser Betrug ist gesellschaftsfähig und wird nicht geahndet.»

Das will Blocher ändern. Er und seine SVP verlangen «endlich eine echte Revision der Invalidenversicherung, mit der die zunehmende Scheininvalidität wirkungsvoll bekämpft wird». Wer die IV missbrauche, müsse strafrechtlich belangt werden können. Das gelte nicht nur für die «Scheininvaliden», sondern auch für die Arbeitgeber und die Ärzte.

Blocher hat ausgemacht, dass die Zahl der Behinderten dort am höchsten ist, wo

am meisten Ärzte und Psychologen tätig sind. «Eigentlich sollte es ja umgekehrt sein», findet er. «Je mehr Ärzte es gibt, desto gesünder sollten die Leute sein.»

Der Zürcher Nationalrat hat seine Forderungen gestern der Fraktion präsentiert und sich auf der ganzen Linie durchgesetzt. Auch im Bereich der AHV sind ihm die Parteikollegen gefolgt: Mit Hilfe des überschüssigen Nationalbankgolds will die SVP die AHV bis ins Jahr 2015 sichern – ohne zusätzliche Mehrwertsteuerprozente.

Auch eine Erhöhung des Rentenalters kommt für Blocher vorderhand nicht in Frage. Längerfristig will er aber einen solchen Schritt nicht ausschliessen. Der Entscheid hänge zum einen vom Wirtschaftswachstum der nächsten zwanzig Jahre ab; zum andern von der Frage, ob die über 65-Jährigen im Jahr 2025 überhaupt eine Stelle fänden. Darüber könne man erst 2020 befinden.

Interview Seite 2

«Couchepin hat einen Pfuscher präsentiert»

Christoph Blocher hält die langfristigen AHV-Vorschläge von Pascal Couchepin für Wolkenschiebereien. Man müsse jetzt vor allem gegen die «Scheininvaliden» vorgehen.

Mit **Christoph Blocher**
sprachen **Iwan Städler** und
Christoph Schilling

Herr Blocher, eigentlich würde die SVP vor den Wahlen ja lieber über Asylpolitik und Europa sprechen. Jetzt hat Pascal Couchepin aber eine Rentendebatte angezettelt. Stört Sie das?

Nein. Wir sprechen natürlich trotzdem über die Asylfrage und die EU. Aber die Sozialversicherungen gehören zu unseren Schwerpunkten.

Man hatte den Eindruck, die SVP sei von Pascal Couchepin etwas überrumpelt worden. Einige Ihrer Nationalräte haben durchaus Verständnis für dessen Ideen gezeigt. Sie hingegen, Herr Blocher, wollen nichts von einer Erhöhung des Rentenalters wissen. Warum nicht?

Es ist nicht nötig. Bis ins Jahr 2015 sichern wir die AHV auch ohne Rentenaltererhöhung.

Couchepin spricht von der Zeit danach.

Das sind doch Wolkenschiebereien. Wer weiss schon, wie die Welt im Jahr 2025 aussieht. Pascal Couchepins Arbeiten sind völlig unausgegoren. Er hat einen Pfuscher präsentiert, zu dem ich nicht Stellung nehme.

«Blick» titelte aber: «Blocher: Hände weg von der AHV».

Dieses Zitat stammt nicht von mir. Ich nahm an einem Streitgespräch mit SP-Nationalrat Werner Marti teil, das vor Couchepins Präsentation stattgefunden hat. Dabei ging es um die 11. AHV-Revision. Hier könnte ich durchaus sagen: Hände weg. Natürlich hat «Blick» daraus einen Kampf gegen Couchepin gemacht. Und die übrige Presse hat es abgeschrieben. Scheinbar lesen die Journalisten nur den «Blick».

Glauben Sie das wirklich?

Hören Sie: Ich habe noch nie ein Wort darüber verloren, ob ich Couchepins Vorschläge gut oder schlecht finde. Noch nie. Trotzdem glauben alle, Blocher sei dagegen. Die «Berner Zeitung» brachte es gar fertig, am Samstag zu schreiben, Blocher habe in der Fernsehsendung «Arena» laut zu Couchepins Plänen Stellung bezogen. Dabei war ich gar nicht in der Sendung.

Dann fragen wir Sie jetzt ganz konkret: Schliessen Sie eine Erhöhung des Rentenalters im Jahr 2015 aus, wie das Pascal Couchepin vorschlägt?

Das sind Möglichkeiten, die es zu prüfen gilt. Festlegen dürfen wir uns heute aber nicht.

Warum nicht?

Erstens kann sich die Wirtschaft so entwickeln, dass man das Rentenalter gar nicht erhöhen muss. Zweitens kann man es vielleicht gar nicht erhöhen, weil dies der Arbeitsmarkt nicht zulässt. Man weiss ja nicht, ob es 2025 für die über 65-Jährigen genügend Arbeit gibt. Über die Höhe des Rentenalters muss man dann 2020 entscheiden.

Die SVP steckt doch im Dilemma: Einerseits möchte sie im Wahljahr ihre Anhängerschaft nicht verärgern. Andererseits will sie

die FDP als Wirtschaftspartei ablösen. Die Wirtschaft will aber das Rentenalter erhöhen.

Eine Wirtschaftspartei löst jene Probleme, die anstehen, nicht jene von 2025. Wer heute glaubt, die Probleme von 2025 lösen zu können, ist entweder ein Scharlatan oder ein Wolkenschieber.

Vor drei Jahren, an einem Parteitag in Altdorf, haben Sie ebenfalls langfristige Lösungen skizziert.

Das waren eben verschiedene Varianten, die zu prüfen sind. Aber jetzt gilt es, die Probleme bis 2015 zu lösen.

Wie denn?

Hier hat die SVP ebenfalls klare Lösungen: keine Erhöhung der Mehrwertsteuer, keine neuen Lohnabzüge, keine Rentenaltererhöhung, keine Rentenkürzung und kein Ausbau der Sozialversicherungen.

Sondern?

Wir wollen die überschüssigen Goldreserven für die AHV verwenden – mindestens zwei Drittel davon. Darüber hinaus muss das bereits eingeführte zusätzliche Mehrwertsteuerprozent voll der AHV zukommen. Heute zwingt die Bundeskasse einen Teil davon für sich ab. Das muss aufhören.

Und wie wollen Sie dies erreichen? Werden Sie gegen die 11. AHV-Revision das Referendum ergreifen?

Das ist nicht nötig. Wir werden die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer bekämpfen. Diese muss obligatorisch fürs Volk. Die SVP will die Sozialversicherungen retten, ohne dass die Leute immer mehr zahlen müssen. Das gilt auch für die Pensionskassen.

Viele Pensionskassen weisen nach dem Börsencrash eine massive Unterdeckung auf. Wie wollen Sie dieses Problem lösen?

Das ist gar nicht so schlimm. Das Hauptproblem bei den Pensionskassen ist die zunehmende Invalidität. In meinem Unternehmen mussten wir zum Beispiel den Arbeitnehmerbeitrag um 1 Prozent erhöhen, den Arbeitgeberbeitrag gar um 1,2 Prozent – nur wegen dieser rapide gestiegenen Invalidität. Dieses Problem haben alle voran.

Vor allem psychische Krankheiten haben zugenommen. Ist der Stress am Arbeitsplatz zu gross geworden?

Ein Grossteil dieser Invalidität ist Scheininvalidität. Manche wollen gar nicht mehr gesund werden. Für sie ist es einfacher, den Lohn durch die IV-Rente zu ersetzen. Gleichzeitig gibt es Arbeitgeber, die sich sagen: Schreiben wir ihn doch invalid.

Oder man lässt den Mitarbeiter frühpensionieren.

Das auch. Die Missbräuche sind gigantisch: 1990 haben wir vier Milliarden Franken für die Invalidität ausgegeben, im Jahr 2000 waren es schon zehn Milliarden. Diese Kosten steigen jährlich 5 bis 8 Prozent. Und wie will der Bundesrat das lösen? Selbstverständlich wieder mit der Mehrwertsteuer. Das geht doch nicht.

Und wie wollen Sie das lösen?

Wir wollen gegen die Scheininvalidität vorgehen.

Halten Sie denn die IV-Rentner für Simulanten?

Es gibt sicher viele Simulanten in der IV. Es tut mir Leid, das zu sagen. Aber wenn Sie einmal einen Beinbruch hätten und ein paar Wochen an Krücken gingen, wird das arbeitsfreie Leben plötzlich interessant. Das kennen wir doch von uns selbst. Je länger die Leute aus dem Arbeitsprozess draussen sind, desto schwieriger wird es, sie wieder zu integrieren. Nehmen Sie das Beispiel SBB. Dort hat man den Personalabbau über die Invalidenversicherung und die Frühpensionierung gelöst. Und keiner reklamiert. Das heisst doch: Dieser Betrug ist gesellschaftsfähig und wird nicht geahndet.

Wie wollen Sie konkret dagegen vorgehen?

Wir wollen wissen, welche Berufsgruppen betroffen sind und wie gross der Anteil der Ausländer ist. Laut Peter Hasler vom Arbeitgeberverband gehen 45 Prozent der Renten an Ausländer. Und ein Sechstel sagt er, gingen mit der Rente ins Ausland. Jetzt stellen Sie sich einmal vor: Wenn einer in Kosovo oder in der Türkei eine Rente mit der vollen Schweizer Kaufkraft erhält, hat er doch dort den 15fachen Lohn. So jemanden bringen Sie nie mehr in den Arbeitsprozess hinein. Das muss jetzt alles auf den Tisch. Es ist auch interessant: Je grösser die Ärzte- und Psychologendichte ist, desto mehr Invalide gibt es. Eigentlich sollte es ja umgekehrt sein: Je mehr Ärzte es gibt, desto gesünder sollten die Leute sein.

Nochmals: Was wollen Sie konkret dagegen unternehmen?

Wir wollen, dass die Leute zur Rechenschaft gezogen werden, bis zur strafrechtlichen Ahndung. Das betrifft nicht nur die Scheininvaliden, sondern auch die Arbeitgeber und die Ärzte. Und den ganzen Sozialfilz, der eine Decke über all das legt.